

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

119 (7.10.1947)

Radio Moskau meldet . . .

London, 6. Oktober (Dena-Reuters). Radio Moskau meldet am 3. d. M. die Bildung eines „Kooperationsausschusses“ zwischen den Generalstäben der Vereinigten Staaten, der Türkei und Griechenland.

Deutsche Familien nach Frankreich

Paris, 6. Oktober (AP). Deutsche Kriegsgefangene, die als freie Arbeiter in Frankreich tätig sind, können jetzt ihre Familien nachkommen, wie am 3. d. M. amtlich mitgeteilt wurde.

Die Arbeit der UN-Vollversammlung macht nur langsame Fortschritte

Verlängerung der Sitzungen über die Londoner Konferenz hinaus angestrebt

New York, 6. Oktober (Dena-Reuters). Nach dreiwöchiger Arbeit beginnen die Delegierten der zweiten UN-Vollversammlung Entscheidung über den langsamen Fortschritt in den meisten wichtigen Punkten der Tagesordnung zu ziehen und über die Wahrscheinlichkeit, daß die Vollversammlung länger als sechs Wochen auseinander werden wird, berichtet ein Reuter-Korrespondent am 4. d. M.

In UN-Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Vollversammlung noch über den Beginn der Londoner Außenministerkonferenz Ende November andauert. Während ihrer gewöhnlichen Sitzungsperiode hat die Vollversammlung in Entscheidungen und über 70 Sitzungen der einzelnen Ausschüsse abgehalten. In keinem der Ausschüsse wurden bisher andere Resolutionen als solche über Verfahrenfragen angenommen und die meisten Probleme wurden so gut wie überhaupt nicht erörtert. Die Vollversammlung ist es bisher nicht gelungen, eine Entscheidung über die Neuwahlen für den Sicherheitsrat und den Treuhänderrat zu treffen, was in den bisherigen Sitzungen ohne größere Schwierigkeiten erreicht wurde.

Das System der „Blockwahlen“ hat die Vollversammlung daran gehindert, einen endgültigen Entschluß über die Wahl in den Sicherheitsrat und den Treuhänderrat zu fassen. Diese Verzögerung in der Arbeit der Vollversammlung hat zu der Frage geführt, ob die Vollversammlung trotz ihrer verhältnismäßigen Freiheit von der Einseitigkeit des Votus bei Behandlung von Dringlichen gegen den Frieden und die Sicherheit wesentlich wirksamer oder schneller arbeiten wird als der Sicherheitsrat. Die Vereinigten Staaten haben vorgeschlagen, einen Interimfriedens- und Sicherheitsausschuß der 57 Nationen zu bilden, der das ganze Jahr über tagt und sich mit den dringlichen Bedrohungen befassen soll, durch die Erkenntnis, daß die Vollversammlung und Verzögerung zu einem ebenso wirksamen langsamen Verfahren kann, wie die kurzen „Nein“-Großmächte im Sicherheitsrat, ist die Unter-

stützung der amerikanischen Vorschläge verhältnismäßig gering geblieben.

Räumung Griechenlands gefordert
Bei der Wiederaufnahme der Griechenlanddebatte der politischen Ausschusses der Vereinten Nationen wurde am 3. d. M. die Frage des Eingreifens der UN in den griechischen Streit erörtert, wobei sich der Vertreter Neuseelands, Carl Behrens, und der belgische Außenminister Paul Henri Spaak für die Einsetzung der UN einsetzten, während der ukrainische Delegierte, Dimitri Manulsky, die Unterstützung Griechenlands durch die Vereinten Staaten und Großbritannien fertig kritisierte.

Ägypten beschuldigt USA und England
Ägypten forderte am 4. d. M. im politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung die Zurückziehung aller ausländischen Truppen aus Griechenland und beschuldigte die USA und Großbritannien, sie wollten dort Streitkräfte beibehalten, die gegen die Sowjetunion gerichtet seien.

Ungarische Regierungserklärung
Moskau, 6. Oktober (Dena-Reuters). Die ungarische Regierung bezeichnete die Ablehnung des ungarischen Aufnahmeartrages in der Vereinten Nationen durch bestimmte Mitglieder der UN als eine „Abweichung von der UN-Charta“.

Internationalen Informationsbüro von Kommunisten in Belgard errichtet
„Plan einer imperialistischen Aggression soll zerbrochen werden“

Belgrad, 6. Oktober (Dena-Reuters). Die kommunistischen Parteien 9 europäischer Länder haben am 5. d. M. in der jugoslawischen Hauptstadt die Informationsbüro „die erste internationale kommunistische Organisation seit Anfang der dreißiger Jahre“ gegründet. Vertreter kommunistischer Parteien aus Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Polen, der Sowjetunion, Frankreich, Tschechoslowakei, Italien und Ungarn sind im Übereinstimmung mit einer auf der kürzlich abgeschlossenen Konferenz kommunistischer Parteien in Polen getroffenen Resolution in diesem Büro vertreten.

Das neu gegründete Büro wird einen Erfahrungs-austausch in die Wege leiten und „wo notwendig“, die Tätigkeit der kommunistischen Parteien auf der Basis gegenseitiger Übereinkommen koordinieren.

In der auf der kommunistischen Konferenz in Polen eingetragenen Resolution, in der die Gründung dieses Büros beschlossen wurde, heißt es, das Büro solle die Bedürfnisse der kommunistischen Parteien in den „komplizierten Nachkriegsverhältnissen“ Rechnung tragen. Das Fehlen direkter Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien, die in den verschiedenen Ländern, stelle gegenwärtig einen ernstlichen Mangel dar. Die Erfahrung habe gezeigt, daß der fehlende Kontakt zwischen kommunistischen Parteien schädlich und falsch sei.

In der Resolution heißt es u. a. weiter: „Um den Plan einer imperialistischen Aggression zu zerbrechen, ist es erforderlich, alle demokratischen Kräfte Europas zu stärken. Die rechtsgeschäftlichen Sozialisten sind Vertreter in dieser Sache mit Ausnahme derjenigen Staaten, der neuen Demokratie, in

während der Abstimmung über zwei Missionen der Interkontinentalen Oppositionsparteien die Mehrheit (Dena-Reuters). Canberra, die britische Regierung hat alle Schritte der britischen Regierung in bezug auf die japanische Invasion in Korea, (Dena-Reuters).

Schanghai, 6. Oktober (Dena-Reuters). Als Gegenmaßnahme gegen die kommunistischen Angriffe im Nordost-China sind starke Einheiten chinesischer Regierungstruppen zur Verstärkung nach der Mandchurei geworfen worden. (Dena-Reuters).

Bad Nauheim. Königin Wilhelmine I von Holland, die im 68. Lebensjahr steht, wird demnächst aus Gesundheitsrücksichten die Regentschaft des Königreichs der Niederlande vorübergehend an Kronprinzessin Juliana abgeben. (Dena-Reuters).

München. Die von der bayerischen KPD vorgeschlagenen Komitees, die mit der Sozialdemokratie zur Überwindung der Winternot zusammenarbeiten sollen, werden von der SPD Bayerns in jeder Form abgelehnt. (Dena-Reuters).

München. In München sind, wie der Direktor des Münchener Kriminalpolizei, Andreas Grafmüller, am Sonntag mitteilte, in der Nacht vom 25. zum 26. September die amerikanischen Besatzungsmächte angegriffen und die Bevölkerung aufgefordert, die Maßnahmen der Militärregierung zu sabotieren. (Dena-Reuters).

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, Dienstag, 7. Oktober 1947

Konferenz über italienische Kolonien in London eröffnet

London, 6. Oktober (Dena-Reuters). Sir Noel Charles, ehemaliger britischer Botschafter in Rom und Sonderbeauftragter Außenminister, eröffnete am 3. d. M. in Lancasterhaus die Außenminister-Stellvertreter-Konferenz über die Zukunft der italienischen Kolonien mit der Aufforderung an die Delegierten, so bald wie möglich eine Untersuchungskommission für die Halteinseln Kolonien zu ernennen.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte am Samstag, daß die Londoner Konferenz des Außenministeriums am 27. November und die Konferenz der Sonderbeauftragten für Deutschland am 6. November eröffnet werden.

De Gaulle über Frankreichs Lage
Paris, 6. Oktober (Dena-Reuters). General Charles de Gaulle erklärte am 5. d. M. während einer Massenkundgebung in Vincennes, Frankreich stehe im Inneren am Rande eines finanziellen und sozialen Absturzes, sei von außen durch die Zusammengehörigkeit der europäischen Kontinente bedroht, die von der dauernd nach Westen dringenden sowjetischen Diktatur geteilt werde.

Frankreich müsse, fuhr de Gaulle fort, die Leitlinie der westeuropäischen Staaten übernehmen.

Die Reparationspolitik für Deutschland nicht auf Rache und Vergeltung aufgebaut
Berlin, 6. Oktober (Dena-Reuters). Zu den in der jüngsten Vergangenheit geäußerten Bedenken im Hinblick auf die nach Veröffentlichung der neuen Demontagepläne zu erwartenden Demontagen nahm am 5. d. M. der stellvertretende Leiter der Wirtschaftsabteilung der britischen Militärregierung für Deutschland, Dr. Don D. Humphrey, in einer Rundfunkansprache Stellung.

In der Bzize werden, wie er versicherte, genügend Fabriken bleiben, um der Bevölkerung einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Das Erreichen dieses Ziels hänge jedoch von dem Arbeitswillen der Deutschen ab.

Er wies zunächst darauf hin, daß die Reparationspolitik nicht auf dem Geist der Rache und Vergeltung aufgebaut werden könne, sondern daß Deutschland lediglich soweit wie möglich für die von ihm während des Krieges verursachten Schäden und Verluste aufkommen solle. Die Zahl der jetzt noch für Reparationszwecke beschlagnahmten Betriebe ist gegenüber dem für ganz Deutschland bestimmten ursprünglichen Plan wesentlich herabgesetzt worden und wird nur einen Bruchteil des Schadens ersetzen, den Deutschland den Alliierten zugefügt hat.

Humphrey ging sodann auf die Debatte im Rahmen des Marshall-Planes zurück. Er erklärte, daß es zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft beitragen und gleichzeitig seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen zu können, die Industriebetriebe, die seine eigenen Friedensbedürfnisse übersteigen, in das Ausland gebracht werden. Die im Gebiet der Bzize verbleibenden Betriebe reichten aus, einen angemessenen Lebensstandard zu garantieren, wenn die Bevölkerung bereit ist, ehrlich mitzuarbeiten und das Höchste aus den Fabriken herauszuholen.

Abschließend stellte Humphrey fest, daß die amerikanische Regierung gegenüber dem Vorschlag der britischen Regierung für ein großes „Dollarschiff“ für die Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Verfügung stellt und die deutschen Behörden bei der Ankerbelagerung der Industrieproduktion unterstützen.

Sowjetische Kritik
Bad Nauheim, 6. Oktober (Dena). In einem Überblick über die deutschen Reparationsleistungen an die Vereinigten Staaten und Großbritannien erklärte der Moskauer Rundfunk, daß beide Staaten zweihunderttausend deutsche Industriepatente übernommen hätten, deren Wert „überhaupt nicht zu messen“ sei.

Außerdem hätten die Westmächte fast den gesamten deutschen Goldbestand im Gewicht von 210 t für sich vereinnahmt. Ferner seien sämtliche Einlagen bei deutschen Banken und in ausländischen Unternehmungen in einem Gesamtwert von 3,5 Milliarden Dollar

Die Saar wählt Anschluß an Frankreich

Eindeutiger Sieg der Anschließparteien zu verzeichnen

CVP an erster Stelle vor SPB und KP — Hohe Wahlbeteiligung

Saarbrücken, 6. Oktober (Dena). Das vorläufige Endergebnis der Landtagswahlen des Saarlandes: CVP 230 062, SPB 147 225, KP 37 394, DPS 34 253. Die Vergleichszahlen der Democenterwahlen 1946: CVP 231 000, SPB 107 952, KP 38 717, DPS 9025.

Wahlberechtigt waren 530 860, Abgegebenen Stimmen 498 650, Gültige Stimmen 494 504, Ungültige Stimmen 49 146.

Die Verteilung der Sitze im ersten saarländischen Landtag ist CVP 28 Sitze, SPB 17 Sitze, DPS 3 Sitze und KP 2 Sitze.

Saarbrücken-Stadt zu 92 Prozent für den Anschluß
Auch Saarbrücken-Stadt liegt folgendes Endergebnis vor: Wahlberechtigte 57 067, Abgegebenen Stimmen 55,2 Prozent, Abgegebenen Stimmen: 54 731, Ungültige Stimmen: 4077, CVP 15 672, SPB 20 384, KP 4201, DPS 4077.

Aus dem Wahlbezirk Saarbrücken-Land liegt folgendes Endergebnis vor: Wahlberechtigte 135 961, Abgegebenen Stimmen 130 849, Ungültige Stimmen 13 231, CVP 53 765, SPB 29 226, KP 1483, DPS 7115, Demnach erhielten die Anschließparteien im Wahlbezirk Saarbrücken-Land rund 89 Prozent der abgegebenen Stimmen.

In keiner Gemeinde des Saargebietes lag die Wahlbeteiligung, wie bekannt wurde, unter 80 Prozent. Aus einigen Dörfern wurde hundertprozentige Teilnahme der Bevölkerung an der Wahl festgestellt.

Der neue Landtag des Saargebietes
Fünfzig Abgeordnete werden am 3. d. M. durch Listenwahl nach dem Grundsatz der Verhältniswahl in den ersten Landtag des Saargebietes gewählt, der zugleich die Funktion einer verfassunggebenden Versammlung hat. Die Mandatsdauer der Abgeordneten beträgt fünf Jahre.

Saargouverneur zum wirtschaftlichen Anschluß
Saarbrücken, 6. Oktober (Dena). Für einen möglichst schnellen wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich sprach sich der französische Gouverneur für das Saarland, Gilbert Gradval, in einer Pressekonferenz aus, die er am Wahlabend vor dem Einsetzen der Wahl in Saarbrücken abhielt. Es liege jedoch bei den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und den USA, zu entscheiden, wann der wirtschaftliche Anschluß vollzogen werden könne.

Die Vorteile, die für das Saarvolk durch den wirtschaftlichen Anschluß eintreten würden, umriß der Gouverneur mit der Feststellung, daß die Bevölkerung der Saar nur zwei Prozent der Gesamtbevölkerung Frankreichs ausmache. Frankreich könne sich daher erlauben, Lebensmittel nach dem Saargebiet zu liefern. Ferner könnten nach dem wirtschaftlichen Anschluß alle diejenigen Industrieerzeugnisse ins Saarland einfließen, die heute noch fehlen, um die Saarpoduktion voll anzulassen.

Aber dem würden die Besatzungstruppen aus dem Saargebiet abgezogen und es werde nur noch eine Garnison unterhalten werden. Der noch dem wirtschaftlichen Anschluß einzusetzende französische Kohlenkommissar werde hauptsächlich ein allgemeines Aufsichtsrecht und eine Anweisungsbefugnis auf wirtschaftlichem Gebiet besitzen. Der Landtag werde die autonome Selbstverwaltung sicherstellen, obgleich die Befugnisse der französischen Kommissars noch nicht endgültig festgelegt seien.

Nach der Währungsreform im Saarland eingeführt werden die, die Einführung des französischen Franken werden. Keinen Niveauunterschied zwischen Franzosen und Saarländern hervorgerufen. Nach dem Geldwechsel werde im Saargebiet der gleiche Markt eintreten, wie im Frankreich.

Auf die Frage, ob das Saarland nach dem wirtschaftlichen Anschluß von Marshallplan profitieren würde, antwortete Gradval, man habe im französischen Vorschlag die Belange des Saarlandes berücksichtigt.

Die Sozialisierung des Saarlandes könne nicht behandelt werden, da es noch nicht feststehe, welche Industrieanlagen für Reparationszwecke vorgesehen seien. Er werde aber die Frage der Schaffung eines Vereinigten Werkes sozialisiert werden. Die Saarregierung könne keinen Vertreter in die französische Deputiertenkammer entsenden.

Gürtel enger schnallen
New York, 6. Okt. (Dena-Reuters). Außenminister Marshall appellierte am Sonntagabend in einer von allen amerikanischen Rundfunkstationen übertragenen Rede an das amerikanische Volk, die Gürtel enger zu schnallen, um Getreide zu sparen.

Besprechungen über Soforthilfe
Washington, 6. Oktober (Dena-Gaz.). Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des amerikanischen Senats, Senator Styles Bridges, gab hier am 5. d. M. bekannt, daß der Ausschuß am 18. November zur Erörterung der Soforthilfe für die Länder der Europa zusammengetreten werde. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wird bereits am 16. November mit den Beratungen beginnen.

Churchills Stellung zum Sozialismus
Vor dem Kongreß der Konservativen — Um Europas Einheit
Brighton, 6. Oktober (Dena-Reuters). Winston Churchill, der Vorsitzende der britischen Konservativen und Premierminister während des Krieges, war vor dem Kongreß der Konservativen in Brighton, die Labour-Regierung vor, sie bringe unermessliches Elend und Blutvergießen über die indische Bevölkerung und auch Burma könne vieleicht in Kürze das gleiche Schicksal erleiden. Churchill vertrat die Ansicht, daß nicht die ganze Verantwortung für diese tragische Entwicklung und den Verfall des Empires bei einer Partei liege, aber die sozialistische Regierung habe es sich selbst zur Aufgabe gemacht, die in langer Arbeit geschaffene großartige Struktur im Osten zu zerstören.

Churchill führte dann Beispiele für die, wie er sie bezeichnete, „sozialistische Mitherrschaft“ an, deren Maßnahmen zum Teil den totalitären Charakter des Nazismus, Kommunismus oder Faschismus trügen, gegen den Großbritannien gekämpft habe und vor dem es, wie es glaube, die Welt gerettet hätte.

Die Wahl der Saar

Die Vorgeschichte dieser Wahl ist ebenso interessant, wie das Ergebnis aufschlußreich. Die saarländische Bevölkerung hat sich trotz Wissen um die Vorgänge hinter den Kulissen für den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich entschieden, von dem politischen Klugelei die Geschäfte, das Handwerk in der Prämie zur Verfassung steht, auf „... politische Unabhängigkeit vom Deutschen Reich.“

Nach dem ersten Weltkrieg gründete ein Dr. Hector aus Saarouis die „Association française de la Sarre“, die mit Hilfe französischer Generale und Politiker und saarländischer Industrieller das Saargebiet Frankreich zuführen sollte. Die nach zweimaliger Namensänderung „Mouvement pour le Rattachement de la Sarre“ genannte Bewegung nimmt 1945 nach ihrer Niederlassung in Saargebiet, die sich zur gleichen Zeit wie die französische Besetzung vollzieht, die lebhaft und vielseitige Propaganda wieder auf. An ihrer Spitze stehen zum großen Teil Franzosen oder naturalisierte Franzosen, die von Sohn Jenes Dr. Hector, bis vor kurzem Capitaine bei der Militärregierung, Dr. K. Levy und Blank, Pfordt und Becker. Diese Propaganda richtet sich vor allem an die Geschäftsleute, das Handwerk, die Beamtenschaft der Hüttenwerke. Die MRS hat ihre Funktionäre in allen Parteien, ihre Hauptargumentation geht von der Tatsache aus, daß die Hüttenwerke des Saargebietes und die Eisenerz Lothringens eine wirtschaftliche Einheit bilden, von dem Hinweis auf die sowjetische Forderung nach weitgehender Demontage der westdeutschen Industrien.

Die saarländische Bevölkerung hat sich mit 82 Prozent aller abgestimmten Stimmen dafür entschieden, allen Nachkriegsschwierigkeiten durch den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich zu entgehen — trotzdem sie nach eingehenden Berichten gut informiert war. Die Fragewürdigkeit „Nationalgefühl“ ist durch die Neuwahlen unserer Tage wieder einmal deutlich sichtbar geworden.

Lehren aus drei Weißbüchern
Als vor einigen Monaten das norwegische Weißbuch veröffentlicht wurde, das eine eingehende Kritik an der Verteidigungsbedürftigkeit des Landes gegenüber den politischen Eindringlingen übte, war die Welt mit Recht erstaunt über das Ausmaß an Gutgläubigkeit und Leichtfertigkeit, das die verantwortlichen Lenker des Landes in einem gefährlichen Monat an den Tag gelegt hatten. Das Weißbuch der dänischen Regierung wußte über die dänische Wehrbereitschaft nicht viel besseres zu berichten. Nun wurde zu diesem Thema ein Weißbuch der schwedischen Regierung vorgelegt, dessen Enthüllungen nicht minder zum Staunen veranlassen.

Man vergewagte sich die europäische Situation in den ersten Monaten des Jahres 1946. Der finnische Winterkrieg ging seinen Ende zu, doch kämpften in den nördlichen Wäldern noch immer die tapferen Verbände der finnischen Armee gegen den weit überlegenen Angreifer aus dem Osten. Polens Kriegsmacht war vernichtet, das Land selbst zwischen den zwei feindlichen Diktaturen aufgeteilt. Hitler betete im Westen 115 Divisionen versammelt zur Vorbereitung des Angriffs auf Holland, Belgien und Frankreich. Von den übrigen 35 Felddivisionen, über die Hitler damals verfügte, war ein nicht geringer Teil bei Hamburg, bei Flensburg und dem übrigen Nordseebereich, sowie in Pommern stationiert. Nicht mit Unrecht nehmen gewisse schwedische Zeitungen an, daß die schwedische Regierung über die Vorbereitungen der deutschen Kriegsmacht besser unterrichtet war als irgend eine andere europäische Regierung.

Sie machte von ihren Kenntnissen jedoch einen überaus bescheidenen Gebrauch. Die schwedische Regierung sah keine Bedrohung der im Norden gelegenen Kreisfelder als entscheidend an. Diese Bedrohung konnte nur aus dem Westen erwartet werden. So wurden denn in den nördlichen Provinzen hunderttausend Mann unter Waffen gehalten und noch ein Skiläuferbattalion von der finnischen an die norwegische Grenze geworfen. In Südschweden jedoch gab es am 3. April 1946 lediglich einige nicht voll ausgerüstete Luftabwehrverbände, die nicht auf Kriegsluft gebrachte Wachkompanie in Malmö, sowie je ein Wachplatoon in den Städten Landskrona und Ängelholm.

Mit anderen Worten: Hitler hätte am 3. April Südschweden mit Hilfe einiger Bataillone bester Kämpfer, die am 4. April sich dem vorgebrachten Vorschlag des Oberbefehlshabers Thörnell, zumindest eine teilweise Mobilisierung anzuordnen, fand kein Echo. Der Verteidigungsminister der damaligen Sammlungsregierung, der Sozialdemokrat Per Edvin Sköld, erklärt im Weißbuch sein Verhalten damit, daß er Schweden als nicht bedroht erachtete, da Hitler im Falle eines Angriffs auf Schweden der Ersatztransport auf lange Zeit verlustig gegangen wäre, auch hätten die innerschwedischen Verhältnisse, so die Notwendigkeit, die Äcker zu bestellen, größere Einberufungen behindert.

Sweden hat Glück. Es gewann durch das Zögern Hitlers genügend Zeit, seine militärische Bereitschaft zu achtunggebender Stärke auszubauen und dadurch (nur dadurch) einen späteren Angriff Hitlers zu verhindern. Und doch hätte damals nur ein wenig entschlossener und umächtiger Militärpolitik der skandinavischen Länder die Applikation Hitlers im Jahre 1940 zu einem gefährlichen, wenn nicht aussichtslosen Abenteuer gemacht.

Es ist nicht die Zeit über Vergangenes zu rechten; aber es besteht die Pflicht, aus früheren Fehlern und Unterlassungen zu lernen. Man darf hoffen, daß die skandinavischen Weißbücher die Wachsamkeit der skandinavischen Völker verstärken werden. „Strikte Neutralität“, wie sie einst geübt wurde, nähme sich in der heutigen Situation wie das Rezept eines erbärmlichen politischen Kurpfuschers aus.

Ehemaliger Minister Loritz entflohen
Umfassende Fahndungsaktion — Bisher kein Erfolg — Flucht scheint vorbereitet
München, 6. Oktober (Dena). Dem ehemaligen bayerischen Sonderminister und Vorsitzenden der WAV, Alfred Loritz, der seit einigen Wochen in der Privativklinik in Carolinum untergebracht ist, gelang es am 4. d. M. aus der Klinik zu entfliehen, obwohl er unter ständiger polizeilicher Bewachung stand. Der Hilfspolizist, der z. Zt. der Flucht Loritzs Diensthilfe war, wurde von der Münchener Kriminalpolizei verhaftet. Hausdurchsuchungen in den Wohnungen sämtlicher Parteifreunde Loritzs, die im Zuge der Fahndungen von der Kriminalpolizei durchgeführt wurden, verliefen bisher ergebnislos. Da die Polizei im Münchener Stadtteil mit, daß im Laufe des Samstag außer sämtlichen Kriminal- und Landespolizeistellen in der US-Zone auch die Polizeistellen der gesamten britischen und französischen Zone von der Flucht Loritzs benachrichtigt wurden.

Loritz schickte nach Mitteilung der Kriminalpolizei seinen Pfleger zum Zahnarzt, da er angab, starke Zahnschmerzen zu haben. Der Pfleger führte den Auftrag aus, schloß die Tür und ließ Loritz zurück. Loritz kehrte zurück und fand Loritz nicht mehr vor. Der mit der Pflege von Loritz beauftragte Arzt hält es für ausgeschlossen, daß sich Loritz auf Grund seines geschwächten

Ministerpräsidenten stimmen Abänderungen Clays zu
Stuttgart, 6. Oktober (Dena). Die Ministerpräsidenten der US-Zone sowie der Sechste Senat der Bundesversammlung haben den Abänderungswünschen General Clays zu ihrem Abänderungsentwurf zum „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ zugestimmt.

